

Zur deutschen Kriegsmoral

(GS 2-22) Teil 1

Der Untertitel zur „Deutschen Kriegsmoral“ lautet: „Einschwörung des Volks auf den Kurs seiner Führung“. Thema dieses Artikels sind also nicht die Maßnahmen der Regierung im Rahmen ihres aktuellen Kriegskurses, sondern *wie* das Volk dazu gebracht wird, diesen Kurs mitzumachen, wie also die Einheit von Staat und Volk hergestellt wird. Zunächst der Grundsatzartikel:

10 **Der Krieg und Du**

Im 1. Zitat (S.3) beschwört Baerbock die Zeitenwende, die mit dem russischen Angriff auf die Ukraine eingeläutet sei, weswegen „wir“ jetzt für die europäische Friedensordnung eintreten müssen. Worin besteht die Besonderheit in der Art, wie Baerbock sich gegenüber dem Volk auf die aktuelle Kriegslage bezieht?

15 — *Sie leugnet die eigenständigen staatlichen Zwecke dieser Regierung, warum sie sich zum maßgeblichen Mitsubjekt des Ukraine-Krieges entschlossen hat, und stellt Deutschland als ein bloß reagierendes und betroffenes Opfer dar, dem die Entscheidung, in dem Krieg die eine Seite zu unterstützen, aufgezwungen sei.*

Baerbock macht dabei gleich zum Ausgangspunkt ihrer Rede ein bemerkenswertes „Wir“. Das ist nicht das „Wir“ der Regierung, sondern ein „Wir“, das alle gleichermaßen umfasst, Regierung und Volk als eine Einheit. Dieses „Wir“ soll plötzlich in einer neuen Lage „aufgewacht“ sein und muss nun sehen, wie es mit dieser Lage am besten fertig wird.

20 — *So lässt sie die Anliegen der Bürger mit denen der Regierung zusammenfallen, wie ein Kollektiv.*

„Anliegen der Bürger“ ist irreführend, weil das suggeriert, die Bürger hätten ein Anliegen an die Regierung herangetragen. Aber Baerbock bringt das „Anliegen“ der Regierung gleich in der Form vor, dass dieser Krieg eine Herausforderung für „uns“, also ebenso für die Regierung wie für die Bürger sei, die sie gemeinsam zu bewältigen hätten. In dem Regierungshandeln sind so Volk und Regierung von vorneherein zusammengesgeschlossen. Wenn so die Unterschiede zwischen Volk und Regierung getilgt werden, worin besteht dann positiv die behauptete Identität? Auf welcher Ebene behandelt Baerbock den Krieg?

35 — *Nur als Staatsbürger, als Mitglieder desselben Staates sind Regierende und Regierte gleich. Fingiert wird eine gemeinsame Betroffenheit von dem Krieg, die ein Zusammenstehen verlangt.*

Baerbock spricht die Leute nicht als deutsche Staatsbürger, sondern als Menschen an, die von *unseren Werten überzeugt* sind und als diese zutiefst *moralischen Menschen* für das wahrhaft Gute gegen das Böse eintreten und es verteidigen wollen. Es kommen keine staatlichen Interessen zur Sprache, sondern „wir“ sind in einer Welt aufgewacht, wo etwas Schlimmes passiert ist, das sich nicht gehört, das „wir“ schon längst überwunden glaubten. Vorstellig gemacht wird ein Angriff auf *gemeinsame Überzeugungen* vom guten und wahren Leben, die es gegen das Böse

zu verteidigen gilt. Mit dieser Moral verkauft Baerbock einen ziemlich wuchtigen
45 Kabinettsbeschluss, der Deutschland per massiver militärischer Unterstützung der
Ukraine zur Kriegspartei macht. Dabei tut sie so, als hätte jeder diese Entscheidung
aus tiefster moralischer Überzeugung *mit* getroffen. Das Handeln, zu dem die
Politiker sich entschieden haben, erklärt sie so als unwidersprechlich.

— Wenn Baerbock davon spricht, dass „die Grundlage für das Leben in Wohlstand
50 und Frieden“ angegriffen sei, dann appelliert sie doch nicht nur an das moralische
Individuum. Ist da nicht auch der Bourgeois angesprochen, der sich vom Leben
Wohlstand verspricht?

„Wohlstand und Frieden“ stehen hier für die moralische Werthhaftigkeit des Lebens in
Deutschland. Da wird nicht ein Materialismus angesprochen, sondern all das, was
55 die Menschen hier gut, richtig und lebenswert finden, das soll angegriffen sein.

Auf diese Weise *finziert* Baerbock eine *Einigkeit*, bei der die *Sache*, um die es geht
– der Ukraine-Krieg – , nicht vorkommt. Es stimmt ja nicht, dass „wir“ angegriffen
wurden. Angegriffen wurde die Ukraine und nicht Deutschland. Davon betroffen
gemacht wird der hiesige Bürger durch den *Beschluss* der deutschen *Regierung*, die
60 *sich* als Garant der Europäischen Friedensordnung zur angegriffenen Partei erklärt
und deshalb eine radikale „Zeitenwende“ verkündet. Durch diese Entscheidung der
Regierung wird der normale Bürger hierzulande *praktisch* in ein Verhältnis zum
Kriegsgeschehen *gesetzt*. Von Baerbock wird der Krieg als ganz etwas anderes, als
Angriff auf *unsere* gemeinsamen höchsten Werte vorstellig gemacht. Und das
65 Regierungshandeln wird besprochen, als ginge es um eine gemeinschaftliche
Beratung darüber, wie man diese gute Sache am besten verteidigen kann. So werden
die Leute für die Sache der Regierung vereinnahmt, ohne dass von den staatlichen
Zwecken die Rede ist.

— Damit ist die erste falsche Gleichung von der Einheit von Volk und Regierung
70 erklärt. Dem Volk wird bedeutet, dass das sein Krieg ist und mit dem Hinweis auf die
Wertegemeinschaft soll es moralisch Partei nehmen.

Der Witz ist die *Verkehrtheit* der von oben gestifteten Gemeinschaftlichkeit, mit der
die Leute auf die regierungsamtlichen Zwecke eingeschworen werden. Die Bürger
sind nicht in der gleichen Weise von diesem Krieg betroffen und herausgefordert wie
75 der Staat. Aber sie sollen sich so dazu stellen, als sei das Regierungshandeln genau
das, was auch sie für angemessen halten, weil es ja um die Verteidigung von ge-
meinsam geteilten Werten geht. Es geht also um die *Kritik* dieser Sichtweise, die man
an dem Diskurs zwischen Staat, Öffentlichkeit und Bürger in Bezug auf diesen Krieg
sieht. Dieser Diskurs beruht eben auf dieser falschen Gleichung der Einheit von Volk
80 und Staat im Sinne einer Wertegemeinschaft, die es nun zu verteidigen gilt. Um die
Kritik dieses Inhalts geht es und nicht um die damit beabsichtigte Leistung (dass die
Leute dann auch Parteinehmen).

— Den Text verstehe ich so, dass die Moral, die eben das Kollektiv von Volk und
Führung hervorbringen soll, ihre Belege sucht und findet, und die Belege werden im
85 Artikel in den vier unwahren Gleichungen vorgestellt.

Es geht nicht darum, Belege für die öffentliche Moral zu finden, sondern darum, *wie*
Baerbock die Leute auf *ihren* Kriegskurs, also *ihren* Beschluss, einschwört, *wie* sie
agitiert, die Leute vereinnahmt und was daran falsch ist, wie das zu kritisieren ist: Sie
behauptet doch mit der Berufung auf die kollektive Wertegemeinschaft eine *falsche*

90 gemeinschaftliche Betroffenheit, wegen der es eine gemeinschaftliche Aufgabe wäre, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Das ist die erste Weise, wie die Leute auf diesen Krieg als „unseren Krieg“ eingeschworen werden: Sie sollen sich glatt überlegen, wie sie sich dazu stellen, was da zu tun ist. Weil das von den Leuten mitgemacht wird, sie sich dafür vereinnahmen lassen, muss man das kritisieren.

95 — *Die staatlichen Interessen kommen bei Baerbock als solche gar nicht mehr vor, sondern diese werden von ihr verwandelt in gemeinsame, kollektive Werte.*

— *Das ist zwar der Trick, dass die unterschiedlichen Interessen von Volk und Staat in dem falschen „Wir“ zusammengeschlossen werden. Aber die „Betroffenheiten“ sind unterschiedene. Baerbock als Außenministerin sieht ihre europäische Friedensordnung betroffen, die politische Oberaufsicht der Deutschen über Europa. Dieses politische Interesse „Friedensordnung“ schließt sie zusammen mit dem Interesse der Bürger an „Wohlstand und Frieden“, als ob das das Gleiche wäre. Die Unwahrheit dieser Gleichsetzung klingt in der Rede einmal von der „Friedensordnung“ und andererseits von „Wohlstand und Frieden“ an. Da ist die Berufung auf ein inhaltsloses und unterschiedsloses „Wir“ doch angestrebt, weil es den Gegensatz in der Sache verschwinden lässt.*

100
105

Bei „Wohlstand und Frieden“ ist nicht an die Sache der Bürger und bei „Friedensordnung“ nicht an das Interesse des Staates gedacht. In der Art und Weise, wie Baerbock die Leute anspricht, kommt das gerade nicht als Gegensatz vor. Die Unterscheidung, wie der Staat und wie die Bürger von diesem Krieg betroffen sind, ist mit dem Bezug auf die kollektiven Werte um die Ecke gebracht. Dabei wird der Bürger nur deshalb zum Betroffenen, weil der Staat beschlossen hat, ihn betroffen zu machen. Der „Trick“ bei der Beschwörung des gemeinschaftlichen „Wir“ besteht in dem Inhalt der falschen Gleichsetzung von Regierten und Regierung, von Oben und Unten, der Berufung auf die beschworene Gemeinsamkeit. Die Behauptung einer Bedrohung gemeinsamer Werte löscht die politischen Zwecke, aus denen heraus die Regierung das Land in dieser Situation zur Kriegspartei macht, aus. Das, was die Regierung für geboten hält, wird dadurch als etwas vorstellig gemacht, das für uns alle fällig, weil *moralisch geboten* ist. Damit bekommt der Angriff Russlands die moralische Qualität „böse“ zu sein und alles, was „wir“ gut finden, zerstören zu wollen.

110
115
120

Das eine ist, dass die Regierung die Leute von dem Krieg betroffen macht und für ihre Politik in die Pflicht nimmt. Dafür spricht sie von oben mit Berufung auf eine Gemeinsamkeit die von unten so an, als ob sie von gleich zu gleich reden würde. Das ist insofern eine „falsche Gleichsetzung“ von oben und unten, weil das postulierte „wir“ aus sehr gegensätzlichen Bestandteilen besteht. Aber worauf gründet die von der Politik propagierte Gemeinsamkeit? Die Herstellung dieser Gemeinsamkeit beruht darauf, dass das, was bis neulich hierzulande gegolten hat und alltägliche Praxis war, in der idealisierenden Vorstellung präsentiert wird: als eine wunderbare Sache, die Frieden und Wohlstand garantiert habe. Dass das jetzt in Frage gestellt ist, das stiftet die Gemeinsamkeit. Da wird nicht von staatlichen Anliegen gesprochen, die in bürgerliche Interessen verfabelt werden müssten. Baerbock sagt einfach, dass unser „Frieden und Wohlstand“ angegriffen ist und „wir“ uns gemeinsam überlegen müssen, wie „wir“ uns dazu stellen, wie „wir“ uns in den Krieg einmischen.

125
130

135 Auf Basis der fiktiven Identität zwischen Staat und Bürger liefert die Politik Handreichungen, wie der Bürger sich den russischen Angriff zurecht legen soll.

— Scholz stellt als erstes klar, dass es für den Krieg keine Rechtfertigung gibt. Damit verabschiedet er sich explizit von der Frage nach Gründen für den Krieg. Der Verweis auf die Schuld, die sich Putin durch den Krieg in der Ukraine aufgeladen hat, ersetzt die Frage nach den Gründen.
140

Die Bürger werden von der Regierung aufgefordert, sich alle gleichermaßen als von diesem Krieg Betroffene zu verstehen und deshalb darüber nachzudenken, wie „wir“ uns zu diesem Krieg stellen. Für das „wie“ dieses Nachdenkens steht auch das andere Zitat von Scholz (S. 4): „Putins Krieg der Wahl“ sei „ein grundloser Überfall auf einen friedlichen Nachbarn“. Da soll man keinen Gedanken auf die Gründe und Kalkulationen der am Krieg beteiligten Staaten verschwenden, etwa warum Putin in die Ukraine einmarschiert ist, was die Ukraine bezweckt, wenn sie ihr legitimes Recht auf Selbstverteidigung proklamiert und was Baerbock will, wenn sie sagt, das ist unser Krieg. Die Frage nach den Kriegsgründen wird durch die Frage nach Schuld bzw. Unschuld ersetzt. Im Sinne der Vereinnahmung für den Kriegskurs der Regierung verbietet sich jegliche Beurteilung der politischen Erwägungen der Kriegsparteien, weil das eine Relativierung des Verbrechens nach sich ziehen könnte. Die Frage nach der Kriegsschuld impliziert die moralische Verurteilung, es gibt keine Rechtfertigung für Putins Vorgehen. In einem weiteren Schritt wird der „grundlose Überfall auf einen friedlichen Nachbarn“ mit dem *verbrecherischen Willen* Putins begründet: seinem „Krieg der Wahl“. Die Untat beweist, dass Putin nichts anderes sein kann als ein Verbrecher. Die Ausgangsfrage nach „unserer“ Position zu diesem Krieg wird damit beantwortet, dass man sich gegen die Bösen stellen muss, weil es keinen Grund gibt, der diese Untat rechtfertigt. Im Gegensatz dazu hat die Ukraine das unbedingte Recht auf ihrer Seite und einen guten Grund, den Krieg zu führen, den wir deshalb unterstützen müssen. So werden die Menschen auf den Kriegskurs ihrer Regierung eingeschworen.
150
160

— In dem Repertoire der Verurteilungsgründe von Putins Krieg gegen die Ukraine, die in der Öffentlichkeit diskutiert werden, gibt es auch das Argument, Putin wolle die ehemalige Größe und Bedeutung der Sowjetunion wiedererlangen. Da wird ein politischer Machtanspruch, ein staatliches Anliegen genannt, das aber gleich wieder als unberechtigte staatliche Kalkulation disqualifiziert wird mit der Begründung, dass es auf einem überkommenen staatlichen Denken aus dem vergangenen Jahrhundert beruht und dem Realitätsverlust und Größenwahn Putins entspringt. Wie ist das einzuordnen?
165
170

Wenn man Putin überholtes, ungehöriges imperialistisches Großmachtstreben nachsagt, heißt das, dass dies niemals ein ernst zu nehmendes staatliches Programm, eine politische Zwecksetzung der russischen Föderation sein kann. Allein diese Titulierung ist die Benennung eines ungehörigen Verbrechens Putins. Es ist also eine weitere Bebilderung der Bösartigkeit von Putin: Die vor dem Krieg begangenen politischen Umtriebe der Russen waren schon schlimm genug und ihrem Großmachtstreben geschuldet. Im Vergleich dazu ist das Vorgehen Putins heute ein noch viel schlimmeres Verbrechen. Es entspringt dem kranken Gehirn eines unberechenbaren und größenwahnsinnigen Despoten. Das ist die Beweisabsicht, die zur Ausmalung des Feindbilds historische Vergleiche bemüht und Putin mit Hitler gleichsetzt. (vgl. „Zur Konstruktion von Zerrbildern über Feind und Freund“ GS 2-22 S.7ff.) Er macht
175
180

sich nicht nur schuldig, indem er das Böse in die Tat umsetzt, vielmehr macht er das Böse, weil er böse *ist*.

Das verkehrte daran ist: An die Stelle eines politischen Anliegens wird der Verweis
185 auf Putins Schuld gesetzt. Er verursachte den Krieg, weil er etwas betreibt, was un-
statthaft ist, was sich nicht nur nicht gehört, sondern den Charakter eines Verbre-
chens hat und verboten ist. Indem er diese Schuld auf sich lädt, ist klar, dass der
Grund für den Krieg in *ihm* liegt. Dafür ist er zu verurteilen. Dazu gehört, dass die
190 andere Seite mit ihren Kriegsbemühungen im vollen Recht dagegenhält. Die Ukraine
kommt so auch nur als Opfer vor, ohne eigene politische Zwecke.

Diese „zweite falsche Gleichung“ ist für die nationale Meinungsbildung konstitutiv. Sie
ist eine Grundkonstante der weiteren Befassung mit dem Krieg in der Öffentlichkeit,
eine Selbstverständlichkeit beim Nachdenken über den Krieg und bei der Einordnung
von Nachrichten über die Ukraine.

195 — *Sie ist der Grund für die alternativlose Eindeutigkeit bei der Scheidung in Gut
und Böse, Verbrecher und Opfer. Ohne diese Gewissheit hätte man tatsächlich un-
terschiedliche und politisch unverträgliche Positionen, die zu beurteilen wären. Auch
die Einmischung Deutschlands wäre nicht eindeutig und unhinterfragt durchzuhalten.*

200 Im nächsten Punkt geht es um den „kategorischen Imperativ“ (S. 4 u.), dass wir die
Ukraine mit Waffen ausrüsten *müssen*, dass der Kampf Gut gegen Böse uns ver-
pflichtet, auf der Seite des Guten gegen das Böse anzutreten. Was wird dem Volk
damit auf den Weg gegeben? Was soll es beherzigen?

205 — *Wenn Scholz sagt, dass die Waffenlieferungen Deutschlands für die legitime
Selbstverteidigung der Ukraine zugleich keine Kriegsbeteiligung und keine Eskalation
seien, verknüpft er die Zustimmung zu Waffenlieferungen mit der Distanzierung da-
von, dass Deutschland dadurch zur Kriegspartei wird. Der Satz steht für die Moralität
der deutschen Regierung: Sie muss den Ukrainern gegen den Barbaren Putin helfen
– ohne selber Kriegstreiber sein zu wollen, dieses Bild malt die Regierung von sich..*

210 — *Das „moralisch“ erklärt aber nicht, worauf es hier ankommt. Der Widerspruch in
der Scholz’chen Ansage, einerseits sich mit den Waffenlieferungen zur Kriegspartei
zu machen und andererseits dem Dementi, selbst keine Kriegspartei zu sein und den
Krieg mit seinen Waffenlieferungen nicht zu eskalieren, verweist darauf, dass
Deutschland sich seine eigenen Kalkulationen vorbehält.*

215 Da sind zwei Argumente zu unterscheiden: Einerseits will Scholz die deutsche Waf-
fenlieferung als eine Unterstützung der guten Sache, also durchaus als eine *moralis-*
sche Verpflichtung verstanden haben. Diese Unterstützung kommt als „aber“ keine
Kriegsbeteiligung und keine Eskalation, sondern „bloß“ Hilfe im Kampf des Guten
gegen das Böse daher, nämlich gegen den Schlächter Putin. Zugleich ist dieser Sti-
220 lisierung zu einem Kampf zwischen Gut und Böse auch die Klarstellung seitens der
deutschen Regierung zu entnehmen, dass Deutschland sich auf keinen Fall selber
aktiv an diesem Krieg beteiligen wird, also gerade nicht identische Zwecke mit der
Ukraine hat und die Unterstützung für die Ukraine Grenzen hat. Es ist eben nicht die
225 Wahrheit, wenn Scholz behauptet, Deutschland stünde bedingungslos hinter der Uk-
raine und zwischen beide Staaten passe keine Blatt Papier. Die Wahrheit ist, dass

die deutsche Unterstützung sich nicht einer moralischen Verpflichtung verdankt, sondern eigenen politischen Erwägungen, die eben auch einschließen, dass man zwar die Ukraine unterstützt, aber zugleich nicht selbst in den Krieg ziehen will.

— *Man muss also unterscheiden zwischen der Art, wie die spezielle deutsche Hilfe für die Ukraine als moralische Verpflichtung, als unwidersprechliche Notwendigkeit vorgetragen wird und dem Widerspruch, der in der Aussage liegt, wir helfen, sind aber keine Kriegspartei. Der Widerspruch zeigt sich in der strategischen Entscheidung, dass Deutschland diesen Krieg von einem anderen Volk führen lässt und sich als Helfer der Kriegspartei aufstellt.*

Das sollte mit dem Hinweis auf die zwei Argumente ausgedrückt sein und ist auch Inhalt der „dritten falschen Gleichung“: Da wird einerseits die moralische Verpflichtung zur unbedingten Unterstützung der Ukraine beschworen (als kategorischer Imperativ) und andererseits auf die politischen Zwecksetzungen der deutschen Regierung verwiesen, auf keinen Fall Kriegspartei zu werden.

240

Dieser Gedanke setzt sich fort: Als zwar nicht betroffene Partei, aber Parteigänger des legitimen Selbstverteidigungsrechts der Ukraine sind wir, ist das nationale „Wir“ zur unbedingten Parteinahme verpflichtet – und zwar aus Gründen der Menschlichkeit gegen das Unmenschliche. Dazu werden Bilder von sterbenden „Kindern und unschuldigen Zivilisten“ (Baerbock, S. 5 o.) zum Argument gemacht, dass wir die Ukraine unterstützen müssen. In Anbetracht des Leids könne man nicht neutral bleiben. So wird die Notwendigkeit der Parteinahme für das Selbstverteidigungsrecht begründet. Worauf lässt man sich da verpflichten? Was ist daran absolut inadäquat?

— *Mit dieser Aussage Baerbocks wird der Bürger als moralischer Mensch angesprochen, der in Bezug auf die Bilder von unschuldig sterbenden Menschen den Standpunkt einnehmen soll, dies dürfe man nicht ungerührt hinnehmen. Dieses moralische Urteil schließt jegliches Nachdenken über Kriegsgründe und Zwecke aus. Das Verlogene daran ist, dass Baerbock mit dem Deuten auf das Kriegsleiden der Menschen, das es ja gibt, sagt, dass man das aus moralischen Gründen keinesfalls hinnehmen darf, und so das Vorgehen des ukrainischen Staates und die Unterstützung durch den deutschen Staat legitimiert.*

Das ist der entscheidende Übergang: Als Außenministerin will Baerbock, dass die Ukraine sich gegen den russischen Staat behauptet und in der kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland die Oberhand erlangt, dafür hat sie ihre Gründe. Aber die trägt sie nicht als Argument für die geforderte Parteinahme vor. Stattdessen wird mit dem Deuten auf die Kriegsoffer eine Vermenschlichung vorgenommen und zum Argument für die Parteinahme gemacht. Der *Krieg* wird vorgestellt als das Werk des bösen Menschen Putins, der Zivilisten und Kinder umbringen lässt. Das ist die Art, wie man die Wahrheit des Krieges durchstreicht: dass im Krieg Staaten, also beide Seiten mit dem Leben der eigenen wie der fremden Bürger kalkulieren, weil sie die als *Kampfmittel* in der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den beteiligten Staaten einsetzen. Statt den Krieg hinsichtlich dieser staatlichen Zwecke zu begreifen wird der Krieg in ein menschliches Drama verwandelt. Da soll man es mit einem bösen Menschen zu tun haben, der unschuldige Menschen tötet, weshalb man ihm entschieden entgegentreten müsse.

Aus dem Leid der Menschen soll zweitens die Forderung nach mehr Waffen auf der richtigen Seite folgen. Und der Einwand, mehr Waffen haben aber auch mehr Tote zur Folge, wird gleich mit der inquisitorischen Frage gekontert, ob man etwa nicht das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine unterstützen wolle. Die Empathie für die leidenden Menschen soll so unmittelbar mit der Parteinahme für den Staat zusammen fallen. Wenn von dem legitimen Selbstverteidigungsrecht der Ukraine gegen Russland die Rede ist, wird so getan, als ob der Einsatz für die Rettung von *Menschenleben* das gleiche wäre, wie der Einsatz für die Rettung der ukrainischen *Staatsgewalt*. Wo es der Sache nach darum geht, dass ein Staat *seine* Interessen in der Welt durchsetzen will und dafür seine Bevölkerung in den Krieg schickt, soll man sich das so denken, dass Waffen zur Rettung von Menschenleben eingesetzt werden. Das Verkehrte daran ist, dass da die Parteilichkeit für die Staatszwecke eines Landes mit einer Frage der Menschlichkeit gleichgesetzt wird.

— *Der Impuls der deutschen Bürger als Privatsubjekte wird angesprochen. Einem Massenmörder, der unsägliches Leid hervorbringt, muss unbedingt entgegen getreten werden. Dabei hat es der Bürger doch gar nicht in der Hand, mehr Waffen zu liefern. Die Diskrepanz zwischen seiner Vorstellung vom moralisch Richtigen und seiner völligen Ohnmacht, führt zur Forderung an die eigene Regierung, die Sache zu regeln.*

Ohnmacht ist das eine – da kriegt man das Kriegsgrauen Stunde um Stunde vorgeführt und will doch, dass das aufhört! Das andere ist, dass es dabei nicht bleibt, sondern die Leute lassen sich auf den ihnen vorgebeteten falschen Übergang ein, dass aus ihrer Abscheu vor dem Abschlachten folge, dass man auf der Seite der Ukraine die Kräfte zum Kriegführen stärken müsse, als wäre das das Gleiche wie die Beendigung des Abschlachten. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Debatte über die richtigen zu treffenden Maßnahmen geführt. Die einen drängen mehr auf eine politische Lösung, um das Grauen zu beenden, die anderen sagen, dazu müsse man mehr Waffen liefern.

— *Für mehr Waffen plädieren sie mit dem vorgestellten Bedrohungsszenario, dass Putin gleich die nächsten – das Baltikum, Polen, die Ex-Sowjetrepubliken – überfallen werde, wenn man ihm das Abschlachten in der Ukraine durchgehen lasse. So kontern sie das Argument, dass mehr Waffen auch mehr Tote bedeuten.*

Die Leichen werden ins Feld geführt, um die eigene Parteilichkeit zu legitimieren, dass man sich auf der richtigen Seite engagiere. Die Kriegsleiden sollen begründen, dass die Ukraine den Krieg gegen Russland gewinnen muss und Russland auch keine weiteren Kriege mehr führen können soll. Diese Parteinahme geht ganz weg von dem menschlichen Leid hin zu der Frage, für welche Kriegspartei man sich stark macht, welchem Staat man das Recht zuspricht, erfolgreich seine Bevölkerung und die des fremden Staats zu verheizen.

— *Muss man in so einer Diskussion nicht erst klarstellen, dass mehr Waffen garantiert kein Mittel sind, das Sterben der Menschen zu beenden, denn daran ist dem Diskutanten doch gelegen?*

— *Diese Art, über den Krieg zu sprechen – da gibt es menschliches Elend, sind dafür mehr Waffen förderlich oder nicht? – lässt völlig raus, worum es in dem Krieg geht. Wenn man über die Tragödien des Krieges spricht, ist man völlig weg davon, wer die Kriegsparteien sind und was sie jeweils für Kriegsziele verfolgen, also weg von dem, was den Krieg tatsächlich begründet.*

Die Empathie für die Menschen wird in der Öffentlichkeit mit der Parteilichkeit für den Staat und mit der Unterstützung durch die deutsche Regierung gleichgesetzt. Das ist

die Quintessenz der moralischen Betrachtung, die da passiert. Den *Krieg* überhaupt
als *Moralfrage* zu besprechen, ist der Fehler. Sich da einzumischen, was moralisch
320 besser wäre, ist zu kritisieren. Darauf sollte man sich besser nicht einlassen.

— *Die Konsequenz und Leistung dieser Sorte Agitation von oben ist: Die Leute
sitzen vor dem Fernseher, fühlen sich für die Opfer und den Kriegsverlauf verantwort-
lich und geben ihre Meinung zum Besten, ob sie den Einsatz von mehr oder weniger
Waffen für geeignet halten, um den Sieg der guten Seite herbeizuführen. Die Leute
325 identifizieren sich mit dem Kriegskurs der Regierung, die sagt, im Namen der
Menschlichkeit müssen wir die Ukraine in dem Krieg unterstützen, und bilden sich
ein, von der eigenen moralisch richtigen Stellung würde viel abhängen.*

Die Agitation von oben trifft auch auf lauter Leute, die nichts anderes gewohnt sind,
als sich moralisch zur Welt zu stellen und die Welt moralisch einzuordnen. Sie sind
330 so empfänglich für die Agitation, dass die Regierung mit den Äußerungen, die sie
macht, unmittelbar auf fruchtbaren Boden trifft und kaum auf Leute, die daran stutzig
werden. Diese Gleichsetzung des Kriegs mit einem verbrecherischen menschlichen
Drama ist die Basis, auf der der öffentliche Diskurs über den Krieg geführt wird.

— *Ausgerechnet die AfD ist in der deutschen Parteienlandschaft für das Ende des
335 Krieges und für Friedensverhandlungen. Und wenn man sich dann kritisch zum Krieg
stellt, begegnet einem der Vorwurf, man sei wohl Parteigänger der AfD, mit der man
doch sonst nichts gemein habe.*

Die besprochene Art der Einschwörung der Leute auf den Kriegskurs der Regierung
impliziert eine Verpflichtung auf *unbedingte* Parteinahme für die Kriegsbeteiligung der
340 eigenen Regierung an diesem Krieg. Das beinhaltet das Verbot, das anders zu se-
hen. Von diesem Standpunkt aus wird überall nach Abweichungen gefahndet. Selbst
eine moralisch einwandfrei begründete Abweichung darf nicht sein, egal aus welcher
Ecke und mit welchem Anliegen da leise Zweifel angemeldet werden. Bekämpft wird
der Mangel an geforderter Parteilichkeit.

345 Man muss sich also keine Gedanken machen, dass man mit der AfD in einen Topf
geworfen wird. Es geht nämlich nicht darum, dass das Gegenüber eine Identität zwi-
schen den geäußerten Einwänden und denen der AfD festgestellt hat. Der Vorwurf
ist, dass die geforderte moralische Parteinahme für die Ukraine nicht bedingungslos
geteilt wird, dass da einer von der Befürwortung der deutschen Kriegsbeteiligung ir-
350 gendwie kritisch abweicht. Das soll mit dem Hinweis auf die AfD diskreditiert werden.
(Die Haltung der AfD zum Krieg ist im GS 3-22 Gegenstand.)

Jour fixe vom 05.09.2022